

Wie das Unerwartete im Kunstunterricht oder in der Theaterpädagogik kreativ genutzt werden kann **SEITE 15**

Der Inhaber einer Denner-Filiale und ein Bauarbeiter, den der Lärm störte, treffen sich vor Gericht wieder **SEITE 15**

«Das heutige System ist eine Manipulation»

Der Verhaltensökonom Marcus Veit beurteilt steuerliche Lohnabzüge als gute Option, Private vor Schulden zu bewahren

Soll die Einkommenssteuer direkt vom Lohn abgezogen werden? Die SP erhält für diese Forderung Support von einem Verhaltensforscher.

Herr Marcus Veit, Sie stützen in einem Gutachten die Forderung, Einkommenssteuern über direkte Lohnabzüge automatisch dem Staat abzuliefern. Das Quellensteuer-Modell nach deutschem Vorbild erhält damit sozusagen das Gütesiegel eines Verhaltensökonomens. Das würde ich so nicht sagen. Es geht nicht darum, das Schweizer Steuersystem umzukrempeln. Das Ziel der geforderten Intervention ist, die private Verschuldung von Personen beim Staat zu reduzieren. Diese Verschuldung führt auf der individuellen Ebene zu hohen Kosten – wer einmal eine Betreuung hat, findet keine neue Wohnung mehr, es wird eine Negativspirale ausgelöst. Die Frage lautet: Kann man etwas tun, um diese Negativspirale zu verringern, und was wären die Nebenwirkungen einer Intervention? In unserem Gutachten haben wir aufgezeigt, dass Menschen weniger Ausgaben tätigen, die sie sich nicht leisten können, wenn man an der Quelle, beim Einkommen, einen automatisierten Direktabzug vornimmt.

Also doch ein System wie in Deutschland – der Staat bedient sich direkt beim Lohn. Aber das Steuersystem bliebe unangestastet, der Lohnabzug wäre rechtlich gesehen eine zu verzinsende Vorauszahlung. Der Vorschlag zielt auf ein reines Cash-Management.

Viel Vertrauen in die Menschen scheinen Sie nicht zu haben: Sie wollen die Lohnbezügler fürsorglich beschützen, statt sie eigenverantwortlich handeln zu lassen. Die Frage ist, ob wir Menschen helfen können, nur das auszugeben, was sie auch haben. Die Verhaltensökonomie zeigt, dass Menschen grundsätzlich gut haushalten wollen, dass sie sich aber in konkreten Situationen oft nicht rational verhalten. Am Flughafen weiss auch jeder, dass sich Drängeln nicht gehört –

«Menschen verhalten sich in konkreten Situationen oft nicht rational.»

ohne Schlangenlinien würden es trotzdem fast alle tun. Da könnten Sie auch einwenden, man müsse doch an das Verantwortungsbewusstsein der Menschen appellieren und auf Schlangenlinien verzichten. Solche Aufforderungen würden aber nicht viel bewirken. Das Gleiche gilt in der Steuerdiskussion: Appelle an den häuslicheren Umgang reichen nicht, um die Verschuldung von Privatpersonen beim Staat zu verringern.

Am Flughafen würden ohne Schlangenlinien alle drängeln, die Steuern zahlen aber die meisten pünktlich. Das stimmt schon, das Thema Steuerschulden betrifft nur einen gewissen Prozentsatz der Steuerpflichtigen. Doch diesen Betroffenen können wir helfen. Dabei geht es übrigens nicht nur um Leute aus unteren Einkommensklassen, sondern auch um sehr gut Verdienende.

Ist es richtig, wegen Einzelfällen die Direktabzüge gleich allen zuzumuten? Das ist ein guter Punkt. Zentral ist, ein Widerspruchsrecht zuzulassen: Jeder muss sagen können, dass er den Lohn-



Verschuldung verringern: Ökonom Marcus Veit plädiert für einen freiwilligen Abzug der Steuern vom Lohn. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

abzug nicht will. Wichtig ist aber auch, den Lohnabzug im Auswahlverfahren als Voreinstellung zu definieren. Aus vielen Experimenten wissen wir, dass dieses sogenannte Opt-out-Verfahren einen erheblichen Effekt bringt – den Lohnabzug wählen so rund 20 bis 40 Prozent Personen mehr als in einer Wahl ohne solche Voreinstellung. Jetzt kann man einwenden, das sei eine Manipulation. Gesamthaft betrachtet ist es aber eine positive Manipulation, ohne sie wären mehr Sozialfälle im System. Es geht letztlich um ein höheres Wohlfahrtsniveau für die Gesamtbevölkerung.

Das Label der Freiwilligkeit ist aber zu relativieren, wenn verhaltensökonomische Tricks angewandt werden, damit die Leute den Lohnabzug machen.

Auch das geltende System ist eine Manipulation. Heute haben die Menschen Geld auf dem Konto und wissen nicht genau, wie viel davon sie dem Staat abliefern müssen – fünfzehn, achtzehn oder sogar zwanzig Monate später. Insbesondere für Berufseinsteiger ist das oft ein Problem. Sie haben, was wir eine Geldillusion nennen. Diese führt zu Mehrausgaben in der Gegenwart. Das heutige System ist folglich eine Manipulation des individuellen Konsumverhaltens.

Der Berufseinsteiger mit 5000 Franken Bruttolohn gibt also alles aus und rechnet nicht damit, dass später noch eine Rechnung vom Staat kommt. Sind wir so naiv? Sie vielleicht nicht, aber ja, das passiert tausendfach, auch bei Leuten, die sehr gut verdienen. Rational weiss einer viel-

leicht, dass er nicht in die Ferien fahren sollte, wenn er sich einen BMW kauft. Dann findet er aber kurz darauf eine neue Freundin, und schon ist er in den Ferien, die Steuerrechnung wandert in die Schublade. Aber natürlich gibt es auch jene, die genau kalkulieren und vielleicht sogar ein Steuerkonto einrichten. Die können sich selber Hilfestellungen geben. Jetzt kann man einwenden, das Steuersystem solle Menschen eben gerade zu verantwortungsvollem Handeln erziehen. Viele Experimente zeigen aber, dass erzieherische Massnahmen zur Selbstregulation im Erwachsenenalter mit hohen Kosten einhergehen und wenig Wirkung erzielen. Deshalb gilt es, zwischen Kosten und Nutzen abzuwägen. Das Thema Verschuldung ist derart verbreitet und mit hohen Folgekosten verbunden, dass die Intervention des automatisierten freiwilligen Direktabzugs gerechtfertigt ist. Sie ist ja minimal, einen grossen Eingriff in die persönliche Freiheit bedeutet sie nicht.

In dieser Logik müssten am besten auch gleich andere Verpflichtungen vom Lohn abgezogen werden: zum Beispiel Krankenkassenprämien oder Miete.

Man kann natürlich immer in Extremen diskutieren. Der Vergleich geht aber nicht ganz auf. Krankenkassenprämien werden in der Regel monatlich oder auch quartalsweise bezahlt, da ist die Geldillusion nicht so stark, und wer sie nicht zahlt, hat ziemlich schnell eine Mahnung im Briefkasten. Bei den Steuern geht es um viel grössere Beträge, und es gibt diese problematische

Zeitdiskrepanz zwischen dem Verdienst und der Veranlagung: Der heutige Lohn wird erst Monate später besteuert. Hier benötigen viele Hilfestellung in Bezug auf das richtige Konsumverhalten.

Welcher Typ Mensch ist besonders anfällig, der Geldillusion zu erliegen?

Wir Verhaltensökonomens schauen stark darauf, was für Präferenzen Menschen haben. Wesentlich ist die sogenannte Zeitpräferenz. Konkret geht es darum, ob jemand Geduld hat und auf etwas verzichten kann, das ihm morgen einen Nutzen bringt. In unserem Fall heisst die Frage: Kann ich heute auf Konsum verzichten, weil ich morgen die Steuerrechnung bezahlen muss? Viel geforscht wird in der Ökonomie dazu, wie diese Geduld geschult werden kann, und es zeigt sich, dass dies frühkindlich erfolgen muss. Personen, die sich regulieren können, Geduld haben, leben im Durchschnitt gesünder, sind erfolgreicher und tapfen weniger in Fallen wie die Geldillusion.

Wie gross ist denn der Handlungsdruck im Kanton Zürich – muss man die Leute tatsächlich breit vor Schulden bewahren? Im Kanton Zürich werden pro Jahr im Steuerbereich Betreibungen in Höhe von rund 300 Millionen Franken ausgestellt. Schweizweit sind rund 10 Prozent der Bevölkerung mit den Steuern im Rückstand – Steuerschulden gehören zu den häufigsten Zahlungsrückständen. Neben der pekuniären Sicht fallen Folgeschäden ins Gewicht: individuell und gesellschaftlich, weil die Schuldner tendenziell an Produktivität verlieren.

Marcus Veit

asü. · Der Musiker und Ökonom Marcus Veit ist COO und Managing Partner bei Fehr Advice & Partners. Das Unternehmen ist auf Beratungen spezialisiert, die auf Erkenntnissen der Verhaltensökonomie basieren; Universitätsprofessor Ernst Fehr sitzt im Verwaltungsrat, sein Bruder Gerhard Fehr ist Geschäftsführer. Zur Thematik des freiwilligen Direktabzugs der Einkommenssteuer vom Lohn haben Veit und sein Team im Mai ein Gutachten vorgelegt, laut dem die Vorteile einer solchen Intervention überwiegen.

Was bringt Sie zur Aussage, dass mit dem mehr oder weniger freiwilligen Direktabzug die Gesamtverschuldung der Bevölkerung sinken würde?

Wenn Sie kein Geld haben, können Sie es auch nicht ausgeben. Der Referenzpunkt für den Konsum ändert sich – der Nettosaldo auf der Lohnabrechnung ist tiefer. Aber die Frage zielt sicher darauf hin, ob nicht genau jene Leute den direkten Lohnabzug ablehnen und die Opt-out-Lösung wählen würden, die gefährdet sind, sich zu verschulden. Die Antwort lautet: Ja, das würden sicher einige tun, aber viele eben auch nicht. Die Wirkung schlägt nicht komplett durch, aber es gäbe einen deutlich positiven Effekt, den es zu realisieren gilt.

Heikel ist, dass der Staat das Inkasso an die Arbeitgeber delegieren würde. Das ist grundsätzlich fragwürdig, bringt aber wohl auch erheblichen administrativen Mehraufwand für die Unternehmen.

Das ist tatsächlich eine Nebenwirkung. Der Staat braucht in dieser Lösung den Arbeitgeber als Erfüllungsgehilfen. Klar ist, dass die Umsetzung möglichst einfach erfolgen muss, so dass die Intervention nicht zu mehr Bürokratie führt. Das ist in unserem Gutachten ein wesentliches Thema: Die Arbeitgeber müssen überzeugend ins Boot geholt werden können, sonst wird es schwierig.

Wie können sie entlastet werden?

Das kann über eine Entschädigung geregelt werden, wobei man für grosse und kleine Unternehmen unterschiedliche Faktoren anwenden kann. Grosse Unternehmen dürften eine solche Anpassung relativ problemlos auffangen können, bei den kleinen kann sie stärker ins Gewicht fallen. Das muss berücksichtigt und geschickt gelöst werden. Denkbar ist auch ein pragmatischer Ansatz.

«Der Staat braucht in dieser Lösung die Arbeitgeber als Erfüllungsgehilfen.»

Unternehmen unter einer definierten Grösse könnten von der Anwendungspflicht entbunden werden. Gar nichts zur Entlastung vorzukehren, wäre aber ein grosser Fehler. Es ist in der Schweiz nämlich tatsächlich nicht Aufgabe der Unternehmen, Steuern einzutreiben, was ein grundsätzlicher Unterschied zum System in Deutschland darstellt.

Ein grundsätzlicher Wandel wäre die vorgeschlagene Intervention trotzdem: Der Bürger gibt dem Staat sein Geld im Voraus und muss schauen, dass er zu viel bezahltes Geld zurückbekommt. Damit gibt er seine heute stärkere Position ab.

Dass der Staat für den Bürger da sein soll und nicht umgekehrt, ist unbestritten. Durch die Einführung eines monatlichen Direktabzugs würde sich das Verhältnis des Bürgers zum Staat aber nicht ändern. Wir glauben, dass sich sogar positive Effekte einstellen. Es wird offenkundig und transparent, was ich dem Staat Monat für Monat zahle. Das führt zu einem höheren Bewusstsein dafür, was der Einzelne leistet und was er erhält. Wenn jemand aber einmal im Jahr eine saftige Rechnung vorfindet, führt das eher zu Frustration – der Kontostand schmilzt zusammen, das freut niemanden und wirkt, als nähme einem der Staat etwas weg. Wenn jemand sogar die Rechnung nicht zahlen kann, zeigt sich der Staat für ihn von seiner hässlichen Seite – er betreibt ihn.

Interview: Andreas Schürer

Steuern vom Lohn abziehen

asü. · Arbeitnehmer sollen Vorauszahlungen der direkten Steuern mittels freiwilligen Abzugs vom Lohn vornehmen können: Diese Forderung von SP, GP und EVP gelangt bald in den Zürcher Kantonsrat (NZZ 14. 6. 16). Stefan Feldmann (sp., Uster) nennt in der Begründung seiner parlamentarischen Initiative das Ziel, Schulden, Notlagen und administrative Leerläufe wegen unbezahlter Steuern zu vermeiden. Er weist auf die Statistik des kantonalen Betriebsamts, wonach allein 2014 68 000 Steuerrechnungen betrieben

werden mussten. Eine ähnliche Forderung brachte die SP im Grossen Rat von Basel-Stadt durch; die dortige Regierung muss nun eine Vorlage für die Umsetzung ausarbeiten. Auch auf nationaler Ebene wird ein freiwilliger Abzug der direkten Steuern vom Lohn gefordert; eine Motion der Berner SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen ist hängig. Der Bundesrat lehnt den Vorstoss ab. Das Modell einer Vorauszahlung im Quellensteuerverfahren würde zu einer Verkomplizierung bei den Einkommenssteuern führen, argumentiert er.